

Handelsstages ber. d. Durchführung
d. Münzreform. Aufl. 3. 1880.

921
II
157

(2)

1991 II 157 (2)

1921 II 157



Deutscher Handelstag.

Berichterstatte: Dr. Soetbeer.

*herausgegeben von der
Leitung d. Münzreform*

Anlage III.

zu dem

Rundschreiben des bleibenden Ausschusses

vom 10. October 1880

betreffend

die Plenar-Versammlung vom 19./20. November d. J.

Der bleibende Ausschuss hat auf mehrfach kundgegebenen Wunsch auch die Währungsfrage auf die Tagesordnung des bevorstehenden neunten Deutschen Handelstages gestellt und beantragt zu diesem Behufe folgende Resolution:

„Angesichts der hervortretenden Bestrebungen, eine Aenderung der Reichsgesetzgebung über die Münzwährung herbeizuführen, erklärt der Deutsche Handelstag, dass es zu einer schweren Schädigung der deutschen Wirthschaftsinteressen führen müsste, wenn unter den bestehenden Verhältnissen an den Grundlagen unserer Münzgesetzgebung gerüttelt würde.“

Bei der Vorberathung dieses Antrags ward in Frage gestellt, ob eine solche Resolution nicht überflüssig sei, da zu ernstlichen Befürchtungen eines Erfolgs der vereinzelt und illusorischen bimetalischen Tendenzen oder zum Zweifel an der fortdauernden Uebereinstimmung des deutschen Handelsstandes, wenigstens in seiner grossen Mehrheit, mit den Grundsätzen unserer bestehenden Münzgesetzgebung kein Grund gegeben zu sein scheine. Allein es überwog doch die Erwägung, dass gegenüber den in der deutschen Publicistik fortdauernden Angriffen gegen diese Gesetzgebung ein Stillschweigen des Handelstages, welcher zur Herbeiführung unserer Münz- und Währungsreform wesentlich beigetragen habe, als Gleichgültigkeit oder Abfall gedeutet werden und das höchst bedenkliche Project ermuthigen möchte, die Reichsregierung zu drängen, neuen internationalen Währungsconferenzen zur Rehabilitation des Silbers förderlich zu sein.

I. Die bisherige Stellung des Handelstages zur Währungsfrage und die jetzige Münzgesetzgebung.

Am 24. Januar 1857 war zwischen den Staaten des Deutschen Zollvereins und Oesterreich ein Münzvertrag mit einer Reihe höchst zweckmässiger und die Solidität des Münzwesens sichernder Bestimmungen abgeschlossen worden. Die abseits Oesterreichs ursprünglich befürwortete Annahme der Goldwährung wurde von den deutschen Regierungen mit grösster Entschiedenheit abgelehnt. Die deutsche Münzeinigung ward übrigens durch diesen Vertrag nicht weiter gefördert, als vorher schon durch die Dresdener Münzconvention von 1838 angebahnt war.

Im Mai 1861, als der erste Deutsche Handelstag in Heidelberg zusammentrat, bestanden in Deutschland noch sieben verschiedene Münzsysteme. Gleich in der ersten Sitzung ward über eine einheitliche rationelle Regulirung der deutschen Münzzustände verhandelt. Man vereinigte sich einmüthig zu dem Beschlusse, als gemeinsame Grundlage der deutschen Münzreform die

Wertheinheit des Drittelthalers unter der Bezeichnung „Mark“ und mit directer Theilung in 100 Pfennige zu empfehlen, — ein Vorschlag, der zehn Jahre später zur Ausführung gelangen sollte. An eine Empfehlung der Goldwährung konnte damals, wenn man practische Erfolge in's Auge fassen wollte, noch nicht gedacht werden.

Als der Handelstag vier Jahre später in Frankfurt a. M. zusammentrat, hatten sich inzwischen die Verhältnisse in Bezug auf die Währungsfrage wesentlich geändert. Der Silberabfluss nach dem Orient hatte in den Jahren 1858 bis 1864 eine enorme Höhe erreicht. In Frankreich und den übrigen Ländern des Francsystems war in Folge der bestehenden Doppel- oder Alternativwährung das grobe Silbercoursant grossentheils aus dem Umlauf verschwunden und durch Goldmünze ersetzt worden, während zugleich die dortigen Bestrebungen, die alleinige Goldwährung nach dem Vorbilde des britischen Münzwesens auch gesetzlich zur Anerkennung zu bringen, sehr thätig waren. Dass die Münzfrage wiederum auf die Tagesordnung gestellt werden musste, und zwar unter stärkerer Berücksichtigung der Währungsverhältnisse, war selbstverständlich. Der bleibende Ausschuss hatte die Verhandlungen hierüber dadurch vorbereitet, dass er im Laufe des Jahres 1864 ein Rundschreiben, betreffend die Herbeiführung einer neuen Vereins-Goldmünze, unter Beifügung einer von einem seiner Mitglieder verfassten Abhandlung („Goldwährung und deutsche Münzverhältnisse“) an sämtliche dem Handelstage angehörige Corporationen erliess und dieselben zu einer Rückäusserung aufforderte. Die hierauf eingegangenen 35 Erklärungen und Gutachten wurden im März 1865 zusammengestellt und zur Kenntniss aller beteiligten Handelsvorstände gebracht.

Nach längeren Debatten bestätigte der Deutsche Handelstag am 27. September 1865 die früheren Heidelberger Beschlüsse vom Mai 1861, empfahl aber daneben die Ausprägung von Goldmünzen nach dem Münzfuss der französischen Zwanzigfrancstücke, welche bei den öffentlichen Cassen zu einem festen, eventuell zu einem von Zeit zu Zeit bekannt zu machenden Cours, welcher in rundem Betrage sich der bestehenden wirklichen Werthrelation anzuschliessen hätte, anzunehmen wären.

Die öffentliche Meinung im deutschen Handelsstande war im Jahre 1865 dem Gedanken einer Aufhebung der reinen und alleinigen Silberwährung mittelst Ueberganges zur Doppelwährung und selbst zur Goldwährung erheblich näher getreten; in den nächsten drei Jahren wurde diese Strömung bedeutend stärker.

Am 23. December 1865 hatten Frankreich, Belgien, Italien und die Schweiz eine Münzconvention geschlossen, welche freilich, da die französische Regierung unter dem Einfluss der Verwaltung der Bank von Frankreich die Annahme der reinen Goldwährung abwies, die Doppelwährung principiell beibehielt, aber die Ausprägung von Silbercoursant auf Fünffrancstücke beschränkte und das übrige Silbergeld nur als Scheidemünze (bei einem Maximum von 6 Francs pro Kopf) fortbestehen liess. Hieran schloss sich sodann im Juli 1867 auf Einladung des Kaisers Napoleon bei Gelegenheit der damaligen Pariser Weltausstellung ein umfassender internationaler Münzcongress, von zwanzig Staaten beschickt, um den Plan einer künftigen universellen Münzeinigung zu berathen. Der Congress empfahl in seiner grossen Mehrheit für die eventuelle Realisirung eines solchen Plans die allseitige Einführung der reinen Goldwährung mit einer gemeinsamen, dem Goldwerth von fünf Francs entsprechenden Einheit und unter zeitweiliger Zulassung der Doppelwährung zum Zwecke des Uebergangs für diejenigen Länder, in denen bisher die Silberwährung gegolten habe.

Der Münzvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich ward im Jahre 1867 durch eine besondere Uebereinkunft aufgehoben und in der Verfassung des Norddeutschen Bundes bestimmt, dass die Ordnung des Münzsystems der Beaufsichtigung Seitens des Bundes und der Gesetzgebung desselben unterliege.

Unter dem Einflusse dieser Vorgänge ist sodann der vierte Deutsche Handelstag in seinen Verhandlungen am 20. und 21. October 1868 in Berlin mit der Empfehlung der Herstellung der deutschen Münzeinigung auf der Basis der reinen Goldwährung entschieden hervorgetreten. Als Vorbereitung hierzu hatte der Ausschuss, der diese Wendung voraussah, einige Monate vorher eine Sammlung von ihm veranlasster Preisschriften herausgegeben, worin von verschiedenen Gesichtspunkten aus die Frage erörtert war: „Welche Vorbereitungen und Uebergangsmaassregeln sind anzurathen und welche gesetzlichen Vorschriften sind in Bezug auf die Erfüllung bestehender Zahlungsverbindlichkeiten zu erlassen, wenn in einem Lande, wo auf Basis der Silberwährung solide Münzzustände bestehen, die Einführung der alleinigen Goldwährung beabsichtigt wird?“ Es heisst in der Resolution des Handelstags: „Münzeinheit und zugleich eine allgemeine zeitgemässe Münzreform in Deutschland ist in der Weise herbeizuführen, dass sämtliche deutsche Staaten gleichmässig die alleinige Goldwährung mit consequenter Durchführung des Decimalsystems annehmen.“ — Der Antrag auf Aufrechthaltung der reinen Silberwährung war mit 119

gegen 1 Stimme abgelehnt und ein Antrag, welcher die Doppelwährung ausdrücklich abwies, mit 75 gegen 37 Stimmen genehmigt worden.

Dem bleibenden Ausschusse ward aufgetragen, für die in Gemässheit der beschlossenen Resolutionen erforderlichen Eingaben und weitere Förderung dieser Angelegenheit Sorge zu tragen, und geschah dies zunächst durch eine von demselben im Mai 1869 dem Bundesrathe und den süddeutschen Regierungen überreichte ausführliche Denkschrift.

Was den weiteren Fortgang der deutschen Münzreform betrifft, so würde es ersichtlich zu weit führen, denselben hier auch nur in einer gedrängten Skizze in Erinnerung bringen zu wollen. Die vorstehenden Notizen über die Betheiligung des Handelstages haben vornehmlich den Zweck, darauf hinzuweisen, wie unrichtig die in letzter Zeit erhobenen Vorwürfe sind, dass man in Deutschland den Uebergang zur Goldwährung ohne gehörige Vorbereitung und Ueberlegung, in eitlem Uebermuth nach einem siegreichen Kriege beschlossen habe und dass dieser Schritt nur auf Anstiften einzelner Theoretiker und Goldfanatiker, ohne Zuratheziehung besonnener Geschäftsleute, erfolgt sei.

Nachdem der Handelstags-Ausschuss die eben erwähnte Eingabe dem Bundesrathe eingereicht hatte, beschäftigte sich dieser näher mit der Münzreform und beschloss im Juni 1870, kurz vor Ausbruch des Krieges mit Frankreich, die Veranstaltung einer „Enquête über die bei der Ordnung des Münzwesens in Betracht kommenden Verhältnisse“. Die zur Vertheilung gebrachten Fragebogen scheinen darauf hinzuweisen, dass damals im Bundesrath die Ansicht vorwaltete, man werde bei dem künftigen Goldmünzfusse sich entweder für eine dem Francsystem sich anschliessende Münzeinheit oder für eine solche im einfachen Verhältniss zum metrischen Gewichtssystem zu entscheiden haben, und dass wenigstens vorläufig die principielle Anwendung der Doppelwährung rathsam erscheine.

Nach Beendigung des Krieges ward, nachdem die Herstellung des Reichs und der Empfang der Kriegscontribution, die eine durchgreifende Münzreform wesentlich erleichtern musste, diese Angelegenheit von allen Seiten mit grösstem Eifer betrieben. Die stattgehabten eingehenden Erörterungen über den Gegenstand in vielen Brochüren und Zeitungsartikeln, sowie in freien Congressen — wir erinnern namentlich an die Berathungen des volkswirtschaftlichen Congresses zu Lübeck im August 1871 — boten reichlichen Ersatz für eine Enquête, und so wurde im October 1871 vom Reichskanzler dem Bundesrath ein „Gesetzentwurf, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen“, vorgelegt.

Diese Vorlage musste den Ausschuss des Handelstages bestimmen, im Sinne der letzten Beschlüsse desselben für das Princip der Goldwährung nachdrücklichst einzutreten. Denn die Vorlage erklärte: es liege nicht in der Absicht, den zu creirenden neuen Reichsgoldmünzen die Eigenschaft gesetzlicher Zahlungsmittel beizulegen, und deshalb müsse die Möglichkeit vorbehalten bleiben, zu der gesetzlich nicht verbotenen Silberausmünzung zurückzukehren. Es empfehle sich, als vorbereitende Maassregel zu einer späteren definitiven Ordnung des Münzwesens, zunächst eine mehr freiwillige Einbürgerung der Goldmünzen durch blosse Tarifrung bei den öffentlichen Cassen zu versuchen, damit, wenn in der Wahl des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber (1:15,50) erheblich fehlgegriffen sein sollte, vor der definitiven Regelung noch eine Correctur vorgenommen werden könne.

Die Vorstellung des Ausschusses des Handelstages gegen diesen Vorschlag sprach sich dahin aus: den neuen Goldmünzen müsse nothwendig sofort der Character eines allgemeinen gesetzlichen Zahlmittels auf Grund der angenommenen Werthrelation (1:15,50) definitiv beigelegt werden, ohne allen und jeden Vorbehalt einer späteren Correctur dieser Norm. Sobald positiv bestimmt werde, dass die neuen Reichsgoldmünzen zu dem ihnen beigelegten Nennwerthe mit gleicher Geltung wie das jetzige Silbercourant in allen Zahlungen, also auch im Privatverkehr, gesetzliches Zahlmittel sein sollen, habe man nicht nöthig, sich spätere Correctur vorzubehalten; jede besondere Convertirung älterer Zahlungsverbindlichkeiten werde hierdurch vermieden, oder komme vielmehr gar nicht weiter in Frage, denn ein goldenes Zwanzigmarkstück habe dann für alle Zahlungen ganz dieselbe Geltung wie 6¾ Thaler. Die „Correctur“ möchte erst recht in Wirklichkeit ein Fehlgriff werden, um anscheinend eine richtigere Ausgleichung der älteren und neuen Valuta festzustellen. — In dem Vorbehalt einer Zurückgreifung zur Silbercourant-Ausprägung würde eine Doppel- oder Alternativwährung der schlimmsten und willkürlichsten Art geschaffen. Man könne es unmöglich dem Belieben der Regierung überlassen, heute die Silberausmünzung zu sistiren, um solche vielleicht morgen oder über's Jahr in grösster Ausdehnung, wenn der Silberpreis etwa stark gesunken sei, plötzlich wieder in Ausführung zu bringen, was dann die Goldmünzen in's Ausland treiben und den Werth des Geldes künstlich alteriren würde. Durch definitive Sistirung der Silbercourant-Ausmünzung und successive Einziehung des bisherigen Silber-

courants, werde diesem letzteren, so lange noch davon während der Uebergangsperiode etwas im Umlaufe bleibe, practisch die Eigenschaft eines festen Aequivalents der neuen Goldwährung beigelegt und dasselbe von den Schwankungen der Edelmetallpreise unabhängig sein.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, dass in den eben dargelegten Grundsätzen das Fundament der reinen Goldwährung gegeben ist. Bundesrath und Reichstag erklärten sich in demselben Sinne. Es soll keineswegs behauptet werden, dass nicht vielleicht auch ohne die entschiedene Verwahrung im Namen des Handelstages gegen die anfängliche Vorlage die vorläufige Doppelwährung abgelehnt und das Princip der reinen Goldwährung zur schliesslichen Anerkennung in Deutschland gelangt wäre, allein jene rechtzeitige Verwahrung wird jedenfalls zum erwünschten Ergebniss der jetzt bestehenden Münzgesetzgebung wesentlich mit beigetragen haben. Indem der Handelstag, so viel an ihm liegt, das jetzt wider Erwarten angefochtene Fundament unserer Valuta durch eine klare und bündige Resolution bestätigt und stützt, vertheidigt er zugleich eine von ihm mit begründete Einrichtung, deren Wohlthätigkeit und Bedeutung für unsere gesammten wirthschaftlichen Interessen nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Es ist dem bleibenden Ausschuss nicht erinnerlich, dass seit dem Inkrafttreten der Reichs-Münzgesetze von 1871 und 1873 in den Berichten irgend einer deutschen Handelsvertretung ein motivirter Wunsch nach Abänderung des Fundaments unserer bestehenden gesetzlichen einfachen Goldwährung sich kund gegeben hat. Wird andererseits nur gelegentlich eine Befriedigung über die jetzigen Währungsverhältnisse ausdrücklich erwähnt, so lässt sich dies leicht erklären, denn das geschäftstreibende Publikum betrachtet bestehende gesunde und sichere Münzzustände als etwas Selbstverständliches, das nicht besonders gerühmt zu werden verdiene; erst wenn hierin eine Störung eingetreten ist, pflegt man meistens den Segen früherer solider Münzzustände zu erkennen und gebührend zu würdigen. Es ist aber unendlich viel leichter, solchen Störungen, wenn man ihr drohendes Eintreten rechtzeitig wahrnimmt, vorzubeugen, als Abhülfe zu schaffen, nachdem sie sich Jedem bemerkbar gemacht und Klagen hervorgerufen haben.

II. Ausführung der Münzgesetzgebung.

Die dem Reichstage vorgelegten Denkschriften über die Ausführung der Münzgesetzgebung vom 15. Februar 1879 und 16. Februar 1880 enthalten u. A. folgende Nachweise:

An Reichsgoldmünzen waren bis Ende 1879 ausgeprägt:

in Doppelkronen	1268 111 720 M.	} 1719 246 855 M.
in Kronen	423 165 210 „	
in halben Kronen	27 969 925 „	

Der dem Verkehr übergebene Betrag von Reichssilbermünzen war Ende 1879:*)

in Fünfmarkstücken	71 651 020,00 M.	} 422 557 402,30 M.
in Zweimarkstücken	98 804 578,00 „	
in Einmarkstücken	149 898 404,00 „	
in Funzigpfennigstücken	71 485 889,50 „	
in Zwanzigpfennigstücken	30 717 510,80 „	

An Nickel- und Kupfermünzen waren ausgeprägt: 44 756 274,72 M.

Mit Ausnahme eines Restes der Einthalerstücke waren zu Ende 1879 sämmtliche frühere deutsche Landesmünzen eingezogen und ausser Cours gesetzt.

An Landesgoldmünzen sind von Reichswegen eingezogen: 90 959 896 M.

An Landessilbermünzen sind bis Ende 1879 eingezogen:

Thalerstücke	530 334 687,00 M.	} 1080 486 138,38 M.
Sonstige Münzen der Thalerwährung	339 621 180,42 „	
Münzen anderer Währungen	210 530 270,96 „	

Von diesen eingezogenen früheren Landessilbermünzen sind bis Ende 1879 durch Affinirung und Einschmelzung zur Herstellung von Silberbarren verwendet 697 797 069,22 Mark, welche 7 474 644,058 Pfund fein geliefert haben, wonach sich der Selbstkostenpreis auf 93,35524 M. pro Pfund fein stellt. Von diesen Silberbarren waren bis Ende 1879 verkauft 7 104 896 Pfund fein

*) Nach Beschluss des Bundesraths vom August 1879 war von den Zwanzigpfennigstücken ein Betrag von 5 Millionen M. eingezogen, um zu Ein- und Zweimarkstücken umgeprägt zu werden. Ende September 1880 war der ausgegebene Betrag an Reichssilbermünzen 427 087 702 M., und an Goldmünzen 1729 000 260 M.

mit einem Reinerlös von 567 139 993 M. oder 79,824 M. pro Pfund fein. Der durch diese Transaction bewirkte Verlust kommt jedoch nicht ganz auf die Entwerthung des Silbers. Hierfür sind zu rechnen 71 373 623,59 M., während 23 838 611,56 M. auf die Abnutzung bzw. nicht vollwerthige Ausprägung der eingeschmolzenen Münzen entfallen und 1 268 900,75 M. durch die Vergütung für den Gold- und Kupfergehalt gewisser Münzen von den Scheideanstalten gedeckt wurden.

An Landeskupfermünzen sind eingezogen 3 512 378,65 M.

Zum Abschluss unserer Münzreform ist noch erforderlich, dass der gegenwärtig noch im Umlauf befindliche Betrag von Einthalerstücken vermindert und in rechtsverbindlicher Form bestimmt werde, dass diese Münzsorte als vollgültiges Zahlungsmittel nicht weiter verwendet werden dürfe.

Wie hoch ist dieser Betrag anzunehmen? Die desfallsige Schätzung hängt selbstverständlich ab von der Voraussetzung der Grösse des Abganges, den diese Münzsorte im Laufe der Zeit ausser durch staatliche Einziehungen erfahren hat, wofür die bei den bereits vollständig eingezogenen anderen groben Münzsorten gemachten Erfahrungen einen ungefähren Maassstab abgeben dürften.

Die achte Denkschrift enthält keine Schätzung dieser Art; in der siebenten Denkschrift aber heisst es hierüber: „Bei den dem Thalerstücke zunächst stehenden Zwei- und Einguldenstücken ist die Einziehung hinter der Ausprägung um bzw. 31, 20 und 17 Procent, durchschnittlich um 21 Procent zurückgeblieben. Wird dieser Procentsatz der Schätzung des Abganges bei den Einthalerstücken zu Grunde gelegt, so würde von der Gesamtprägung von 395 537 532 Thalern der Betrag von 83 062 882 Thaler in Abzug kommen, wonach dann nach Absetzung der bereits eingezogenen 195 423 540 Thaler der noch einzuziehende Betrag auf rund 117 051 000 Thaler oder 351 153 000 M. zu veranschlagen wäre. Da indess eine geringe Abweichung des Procentsatzes der wirklich in Verlust gegangenen Einthalerstücke von dem vorstehend zu Grund gelegten eine sehr erhebliche Aenderung in dem noch einzuziehenden Betrage ergibt, so kann vorstehende Schätzung auf Verlässlichkeit keinen Anspruch machen“.

Im Jahre 1879 sind an Thalerstücken eingezogen 27 438 549 M. Bringt man diese noch in Abzug, so würde unter Zugrundelegung vorstehender Schätzung der gegenwärtige Umlauf von deutschen Thalerstücken auf rund 323 714 000 M. anzunehmen sein.

Zu diesem präsumtiv noch vorhandenen Vorrath von deutschen Thalern sind jedoch noch hinzuzurechnen die in Deutschland umlaufenden Einthalerstücke österreichischen Gepräges, da diese durch Reichsgesetz vom 20. April 1874 in Bezug auf Artikel 15 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 den deutschen Thalern gleichgestellt sind, und nicht zu erwarten ist, dass dieselben später zum Goldwerthe von 3 M. österreichischer Seits eingelöst werden. Es sind im Ganzen 31 060 321 österreichische Einthalerstücke ausgemünzt worden. Rechnet man auch bei diesen 21 Procent Abgang, so würden präsumtiv davon noch vorhanden sein rund 73 613 000 M., und der Gesamtbetrag des zu beseitigenden Silbercourants wäre hiernach annähernd auf 397 327 000 M. zu veranschlagen.

Herr Präsident von Dechend hat in der Reichstagssitzung vom 19. Juni 1879 den noch einzuziehenden Betrag der Thalerstücke auf ca. 476 000 000 M. geschätzt. Von anderen Seiten ist derselbe noch höher veranschlagt worden. Der Grund dieser höheren Schätzungen liegt in der wesentlich geringeren Annahme des präsumtiven Abganges der seit 1857 geprägten Thalerstücke. Die ursprüngliche Ausprägung und bisherige Einziehung der Thaler verhält sich nach den Ausmünzungsperioden wie folgt:

Thaler aus den Jahren:	Ursprüngliche Ausprägung Thaler	Eingezogen im Ganzen Thaler
1750—1816	64 380 936	47 887 256
1817—1822	24 261 735	16 183 887
1823—1856	91 031 741	28 812 209
1857—1871	215 863 120	111 686 371

Welche von den vorerwähnten Vermuthungen der Wirklichkeit am nächsten steht, lässt sich zur Zeit nicht mit Bestimmtheit behaupten, allein das darf wohl mit einiger Zuversicht gesagt werden, dass die Verschiedenheit dieser Schätzungen an sich nicht von entscheidender Bedeutung für die definitive Sistirung oder Wiederaufnahme der Durchführung unserer Münzgesetzgebung sein wird.

Seit dem 16. Mai 1879 sind die deutschen Silberverkäufe und demgemäss auch die Einziehungen der Thaler bis auf Weiteres gänzlich sistirt worden. — Nach officieller Mittheilung befanden sich im Februar 1880 noch 339 353 Pfund Feinsilber in Barren im Besitze der Reichsregierung, und hat über einen späteren Verkauf derselben bis jetzt (October 1880) nichts verlautet. — Der Metallbestand der Reichsbank betrug nach Zeitungsmittheilungen im September d. J.

185 000 000 M. in Gold und 350 000 000 M. in Silbermünze. Ob diese Angabe richtig gewesen oder nicht, muss dahingestellt bleiben, da weder eine Bestätigung, noch eine entgegretende Erklärung von kompetenter Seite erfolgt ist. — (Der Metallbestand der Bank von Frankreich war am 21. October d. J. 580 698 929 Frs. in Gold und 1 248 948 272 Frs. in Silber, während das Verhältniss zu Anfang 1877 noch gewesen war: Gold 1530,4 und Silber 638,6 Millionen Frs.)

Nachstehend versuchen wir eine vergleichende Schätzung des wahrscheinlichen Betrages des Geldumlaufs in Deutschland zu Anfang des Jahres 1870 und im Herbst 1880.

1870.			
Inländische Goldmünzen	91 000 000 M.	4,0 %	
Silbercourantmünze (einschl. österr.)	1 500 000 000 „	65,7 %	
Scheidemünze :	85 000 000 „	3,7 %	
Ausländische Münzen u. a.	(40 000 000) „	1,8 %	
Hamburger Bankfonds	36 000 000 „	1,6 %	
	<u>1 752 000 000 M.</u>	<u>76,8 %</u>	
Landespapiergeld	171 000 000 „	7,5 %	
Ungedeckte Banknoten (Noten - Umlauf im Ganzen 713 500 000 M.)	359 000 000 „	15,7 %	
Zusammen	<u>2 282 000 000 M.</u>	<u>100 %</u>	
1880.			
Reichsgoldmünzen	1 400 000 000 M.	50,1 %	
Früheres Silbercourant	460 000 000 „	16,4 %	
Reichssilbermünzen	427 000 000 „	15,3 %	
Nickel- und Kupfermünzen	40 000 000 „	1,4 %	
Gold in Barren und Sorten	(50 000 000) „	1,8 %	
	<u>2 377 000 000 M.</u>	<u>85,0 %</u>	
Reichskassenscheine	160 000 000 „	5,7 %	
Ungedeckte Banknoten (Noten - Umlauf im Ganzen 1 012 000 000 M.)	260 000 000 „	9,3 %	
Zusammen	<u>2 797 000 000 M.</u>	<u>100 %</u>	

Zur Erläuterung der vorstehenden Uebersichten möge Nachstehendes bemerkt werden. Vor Allem ist wiederholt daran zu erinnern, dass dieselben nur die Bedeutung annähernder Schätzungen beanspruchen, um im Grossen und Ganzen das Verhältniss des deutschen Geldumlaufs vor dem Eintritt der Münzreform und gegenwärtig zu veranschaulichen.

Zu Anfang 1870 war Elsass noch nicht mit Deutschland vereinigt und ist dessen Geldumlauf bei der ersten Uebersicht nicht mit einbegriffen. — Bei der Schätzung des Silbercourants zu Anfang 1870 sind in Anschlag gebracht der seitdem eingezogene Betrag dieser Münzsorten, der präsumtive Vorrath noch nicht eingezogener Thalerstücke und eine gewisse Summe für nicht rechtzeitig zur Einlösung präsentirte Landesmünzen, welche später für Privatrechnung eingeschmolzen sind. Dagegen sind andererseits 30 Millionen Thaler in Abrechnung gebracht, welche zu Anfang 1870 noch im Preussischen Kriegsschatze lagen, da diese Summe dem Umlaufe entzogen war. — Der Betrag an Scheidemünze ist auf Grund der eingezogenen Summen mit einem kleinen Aufschlag angenommen. — Der Umlauf an fremden Münzsorten musste nach rein muthmasslicher Schätzung eingestellt werden, und rechnen wir selbigen halb Gold und halb Silber. — Der Nachweis des vorhandenen Landespapiergeldes bei Beantragung des Gesetzes wegen der Reichskassenscheine ergab 184,123,800 M., allein ein Theil desselben war erst im Laufe des Jahres 1870 emittirt; deshalb die oben angegebene geringere Summe für Anfang 1870.

Was 1880 betrifft, so haben wir von der stattgehabten Ausprägung an Reichsgoldmünzen nach muthmasslicher Schätzung für Export und Einschmelzen einen Betrag von ca. 210 Millionen Mark veranschlagt, was gewiss nicht dem Vorwurf einer Unterschätzung unterliegen wird; einen fernerer Abzug bilden die 120 Millionen Mark im Reichskriegsschatz.

Wenn die vorstehende Aufstellung in einigen Positionen von früheren ähnlichen Uebersichten abweicht, so erklärt sich dies theils aus den behandelten verschiedenen Zeitabschnitten, theils auch aus der Berücksichtigung von Bedenken, welche gegen einige frühere Schätzungen erhoben sind.

Vergleicht man die Verhältnisse der beiden Perioden mit einander, so zeigt sich eine nicht geringe Verschiedenheit. Rechnen wir die Bevölkerung des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten Anfang 1870 auf rund 39 500 000 und die Volkszahl im deutschen Reiche (mit Elsass) für die Mitte 1880 auf 45 000 000 Einwohner, so ergeben sich

1870: 57,77 M. und 1880: 62,16 M. Geldumlauf im Ganzen.

Dieser Umlauf vertheilte sich nach seinen Bestandtheilen:

In den Jahren:	Gold.	Silber- u. Scheidemünze.	Unged. Papiergeld.
1870 pro Kopf	2,81 M.	41,54 M.	13,42 M.
1880 „	32,22 „	20,60 „	9,33 „

Die Gegenüberstellung dieser Schätzungen, wenn dieselben auch nur als annähernd richtig gelten sollen, dürfte einleuchtender, als lange Auseinandersetzungen vermöchten, die Verbesserung

des deutschen Münzwesens vor Augen stellen, ganz abgesehen von der Wohlthätigkeit der Beseitigung der früheren Verschiedenheit der Münzsysteme. Dies tritt besonders hervor in der Zunahme des Goldmünzumschlags und der Verminderung der ungedeckten Papiergeld- und Banknoten-Circulation. —

Der Geldumlauf in Frankreich (40 Millionen Einwohner mit Einschluss von Algerien), um doch auch die Verhältnisse eines andern grossen Landes zur Erläuterung zu erwähnen, wurde von Herrn de Foville zu Ende 1878 folgendermassen veranschlagt: in Gold 5000 Millionen, in silbernen Fünffrancstücken 2880 Millionen Francs; (der ungedeckte Notenumlauf war nur 135 Millionen Francs). — Diese Schätzung mag vielleicht zu hoch sein, allein gewiss ist, dass der Münzumlauf pro Kopf der Bevölkerung in Frankreich ziemlich mehr als das Doppelte des Münzumschlags in Deutschland beträgt.

III. Die Silberentwerthung.

Die seit 1874 eingetretene Werthverringierung des Silbers und die Befürchtung eines künftigen weiteren Sinkens der Silberpreise sind die Hauptursache der seitdem stattfindenden Bestrebungen zu Gunsten des Bimetallismus. Wenn in irgend einem Lande jetzt münzpolitische Maassregeln verhandelt werden, steht die Silberfrage im Vordergrund. Die thatsächliche Gestaltung der Silberpreise und die Ansichten über die Gründe der Silberentwerthung dürfen deshalb in diesen Erläuterungen nicht unerwähnt bleiben, wenn auch die Notizen des Raums wegen sehr beschränkt werden müssen und für manche Leser nur an Bekanntes erinnert wird.

Den Notirungen am Londoner Markte sind folgende Angaben entnommen. Die Preise sind für die Unze Standard-Silber in Pence und Sechszehntel-Pence: *)

Jahre.	Höchster.	Niedrigster.	Durchschnittspreis.	Jahre.	Höchster.	Niedrigster.	Durchschnittspreis.
1871	61	60.3	60.9	1877	58.3	53.8	54.12
1872	61.2	59.4	60.4	1878	55.2	49	52.10
1873	59.15	58	59.4	1879 Jan.-Juni	52.12	48.14	50.10
1874	59.8	57.4	58.5	„ Juli-Dec.	53.8	51.4	52.5
1875	57.10	55.8	56.12	1880 Jan.-Juni	52.12	51.13	52.4
1876	58.2	46.12	53.1	„ Juli-Sept.	52.14	52.2	52.9

Als Ursachen der Silberentwerthung wurden im Berichte des vom Britischen Parlament für diese Angelegenheit eingesetzten Ausschusses vom 5. Juli 1876 hervorgehoben:

1) Die jährliche Silberproduction sei in letzter Zeit beträchtlich gestiegen, auf etwa 14,000,000 £ gegen nur 8 bis 9 Millionen £ um das Jahr 1860.

2) Deutschland habe in Folge seiner Münzreform bedeutende Beträge seines demonetisirten Silbers zum Verkaufe gebracht und werde damit in nächster Zeit noch fortfahren.

3) Frankreich habe in den Jahren 1871 bis 1875 in Folge seiner Doppelwährung sehr grosse Summen Silber zu Münzzwecken verwendet; von einem disponibeln Silberquantum von ungefähr 76 000 000 £ habe Frankreich etwa 33 500 000 £ absorbiert und die hieraus dem Silbermarkt gewordene Hülfe müsse ausserordentlich hoch angeschlagen werden. Die seitdem beschlossene Einschränkung der Silber-Ausprägung in den Staaten des Lateinischen Münzvereins müsse einen starken Druck auf den Silbermarkt ausüben.

4) Indien und das übrige Ostasien hätten bisher stets sehr bedeutende Quantitäten Silber absorbiert, diese Absorbirung sei aber in neuerer Zeit durch das Anwachsen der Summen, welche jährlich von Indien an England zu zahlen sind, wesentlich vermindert. Die an Indien zu leistenden Zahlungen könnten ebenso gut wie durch Silbersendungen durch die India-Council-Bills bewirkt werden. Es hätten im jährlichen Durchschnitte betragen

	1868/69 — 1871/72	1872/73 — 1875/76
Silberausfuhr nach Indien	10 000 000 £	7 400 000 £
die India-Council-Bills	4 100 000 „	12 600 000 „

Die Regierung verkaufe jetzt Wechsel im Belauf von jährlich 15 000 000 £, welcher Betrag im Vergleich mit demjenigen vor 20 Jahren eine Zunahme von etwa 10 000 000 £ zeige und um so viel die Nachfrage nach Silber vermindere. —

Seit 1876 haben die Vertheidiger des Bimetallismus unermüdlich gegen Deutschland die Anklage erhoben, dass die von ihm ins Werk gesetzte Münzreform und darnach veranstalteten

*) Die entsprechende Werthrelation zwischen Gold und Silber erhält man, wenn 943 (genauer 942,956) durch den Londoner Silberpreis dividirt wird, z. B. 62 d = 15,210; 60 $\frac{7}{8}$ d = 15,491; 52 d = 18,135; 46 $\frac{3}{4}$ d = 20,171.

Silberverkäufe die alleinige, oder doch die vor allen vorwiegende und entscheidende Ursache der Silberentwerthung gewesen seien. Dass diese Anklage unbegründet und höchst einseitig sei, wurde unter Nachweis der thatsächlichen Umstände stets geltend gemacht, und darf darin auch nicht nachgelassen werden, so lange jene Vorwürfe erneuert werden. Wir bemerken deshalb auch hier Folgendes:

„Die deutschen Silberverkäufe haben erst nach dem tiefsten Sinken des Silbers auf 46¼ Pence im Juli 1876 grössere Bedeutung gewonnen. Während der Zeit vom September 1876 bis Mitte 1877, als von Deutschland die grösste Menge Silber an den Markt gebracht wurde, hielt sich der Silberpreis durchschnittlich höher als 54 Pence. Nach gänzlicher und principieller Suspendirung der deutschen Silberverkäufe im Mai 1879 hat der Silberpreis keineswegs, wie man in Aussicht gestellt hatte, seinen früheren gewöhnlichen Stand (von nahezu 60½ Pence) wieder erreicht, sondern sich meistens zwischen 51½ und 52½ Pence gehalten. — Es betrugen von 1871 bis Ende 1879 nach annähernder Schätzung dem Werthe nach

die gesammte Silberproduction etwa	3420 Millionen Mark,		
die India-Council-Bills	2100	„	„
die deutschen Silberverkäufe	600	„	„

Es wird Niemandem einfallen, behaupten zu wollen, dass der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung und die hieraus hervorgegangenen Goldankäufe und Silberverkäufe ohne Einfluss auf die Silberentwerthung geblieben seien, aber dieser Einfluss ist, der vermehrten Silberproduction, und namentlich den India-Council-Bills gegenüber, nur ein untergeordneter und vorübergehender gewesen. Die deutschen Silberverkäufe von 1873 bis 1879 sind durchweg ohne Ueberstürzung, mit grosser Umsicht, niemals bei sinkenden Preisen, sondern stets bei eingetretener reeller Nachfrage vollzogen worden. Ihre Einwirkung hat mithin nicht einen besonderen Druck auf einen flauen Silbermarkt geübt, sondern nur dazu beigetragen, ein sonst eingetretenes plötzliches und zeitweiliges Steigen des Silberpreises zurückzuhalten. Die in den Jahren 1873 bis 1879 für Indien abgeschlossenen Anleihen, welche einer ausserordentlichen Nachfrage nach Silber gleichstehen, zeigen nahezu einen gleichen Werthbetrag, wie das gleichzeitige ausserordentliche Angebot durch die deutschen Silberverkäufe.“

Eine erhebliche dauernde Entwerthung des Silbers konnte nicht stattfinden, so lange Frankreich und die anderen Staaten des Francsystems die gesetzliche Doppel- oder Alternativwährung auch thatsächlich in Anwendung zu bringen fortführen und noch ein nach Milliarden zu rechnender Vorrath an Goldmünzen zur Verfügung stand, welcher gegen Silber umzutauschen war. Mit der einstweiligen Ausserkraftsetzung dieser Alternativwährung beginnt recht eigentlich die Silberentwerthung. Dies erscheint unzweifelhaft, allein die Gegner der deutschen Goldwährung erheben hierauf den Vorwurf, dass ohne die deutsche Münzreform der lateinische Münzverein bei der früheren Doppelwährung verharret haben würde. Dieser Behauptung steht aber mindestens gleichberechtigt eine andere Ansicht entgegen, nämlich, dass wenn Deutschland nicht im Juli 1871 mit aller Entschiedenheit die Goldwährung eingeführt hätte, Frankreich hierin alsbald vorangegangen wäre, denn im Juni 1870 war in Frankreich nach langjährigen Verhandlungen endlich der principielle Widerstand gegen eine solche Wandelung der dortigen Münzpolitik gebrochen und nur der Krieg hat die Ausführung gehindert. Jeder muss aber einräumen, dass eine Deutschland zuvorkommende Annahme der Goldwährung in Frankreich und Belgien uns gezwungen hätte, bei der sich immer mehr isolirenden Silberwährung zu verbleiben, und dass die Silberentwerthung in solchem Falle vermuthlich noch viel beträchtlicher geworden wäre, da die genannten Länder ein viel grösseres Silberquantum hätten an den Markt bringen müssen, als Deutschland zur Durchführung seiner Münzreform zu verkaufen hatte. Als die gesetzgebenden Faktoren Deutschlands eine durchgreifende Münzreform in die Hand nahmen, war der principale Zweck und vor Allem leitende Gesichtspunkt die Herstellung eines rationellen einheitlichen Münzsystems, nicht der Uebergang zur Goldwährung. Dieser konnte aber bei eingehender Prüfung der bewährtesten Grundsätze des Münzwesens und der damaligen günstigen Umstände nicht zurückgewiesen werden; die Annahme der französischen Doppelwährung hätte thatsächlich nur das Verbleiben bei der Silberwährung bedeutet.

IV. Zweck der beantragten Resolution.

Die vorangegangenen Abschnitte haben über die Einführung der Goldwährung in Deutschland und die Silberentwerthung kurze geschichtliche und statistische Angaben vorgelegt. Es geschah zur einleitenden Orientirung, um nicht bei der Berichterstattung im Plenum des Handelstags hierbei verweilen zu müssen. Die wenigen Stunden, welche der Handelstag der Währungsfrage zu widmen hat, dürfen nicht in Anspruch genommen werden durch sporadische Debatten

über allgemeine Principfragen aus der Theorie des Geldes, über die grössere oder geringere Zuverlässigkeit mancher Schätzungen und Vermuthungen und Aehnliches, wie interessant solche an sich auch sein mögen, denn sie haben hier keinen rechten Zweck. Die Erörterung derselben bleibt der Presse vorbehalten. Die volle Aufmerksamkeit des Handelstags wird sich den practischen Erwägungen über die gegebenen concreten Verhältnisse der deutschen Münzpolitik und den an diese von verschiedenen Seiten jetzt gestellten Forderungen zuzuwenden haben, um hierüber im wohlverstandenen Interesse des Handelsstandes und zugleich des gesammten deutschen Wirthschaftslebens eine bündige Erklärung abzugeben.

Die in Betracht kommenden speciellen Verhältnisse in Betreff der Währungsfrage in Deutschland liegen wesentlich wie folgt.

Durch die Reichsgesetze vom 4. December 1871, 9. Juli 1873 und 6. Januar 1876 ist für die deutsche Münzverfassung principiell die reine Goldwährung angenommen und bestätigt; die vollständige Durchführung derselben hat indess noch nicht stattgefunden, indem ein Theil des früheren Silberkurants — nämlich ein auf 440 bis 500 Millionen M. geschätzter Betrag an Thalerstücken — gleichberechtigt mit den Reichsgoldmünzen noch im Umlaufe ist, welche letztere bis jetzt zum Belauf von 1730 Millionen M. ausgeprägt sind, von denen aber nicht genau zu ermittelnde Summen in's Ausland gegangen sind. Seit dem 16. Mai 1879 ist die Einziehung der Thaler sistirt. Thatsächlich besteht hiernach in Deutschland zur Zeit eine sogenannte hinkende Goldwährung. Da die Reichsbank jedoch, obschon gesetzlich befugt zur Zahlung in alten Silberthalern, ihre Noten jederzeit mit Goldmünze einlöst, hat die deutsche Valuta im internationalen Verkehr durchaus den Charakter der reinen Goldwährung. Der bedeutende Vorrath von Thalerstücken im Metallbestande der Reichsbank nöthigt dieselbe aber, bei eintretendem Goldabfluss eher und länger Erhöhungen des Disconts eintreten zu lassen, als nach vollständiger Durchführung der Goldwährung der Fall wäre, da, practisch genommen, nur der Goldbestand als vollgültiges Deckungsmittel der jederzeit fälligen Verbindlichkeiten zu betrachten ist.

Diesen bestehenden gesetzlichen und thatsächlichen Währungsverhältnissen sind seit 1876, und namentlich nach dem Scheitern der internationalen Münzconferenzen in Paris im August 1878, vom Auslande her und darnach auch im Inlande vielfach Anträge und Bestrebungen zu Gunsten der Rehabilitation des Silbers mittelst Einführung der Doppelwährung oder des Bimetallismus entgegengetreten. Deutschland habe, so behaupten die Bimetallisten, durch seine verkehrte Münzreform auf Grundlage der Goldwährung die Silberentwerthung verursacht und deshalb auch vor Allen den Beruf, diese für die allgemeine wirthschaftliche Wohlfahrt so verderbliche Störung zu beseitigen und durch einen von ihm herbeizuführenden neuen Münzcongress die gemeinschaftliche Wiederherstellung der früheren normalen Werthrelation zwischen Gold und Silber zu bewirken. Angeregt und ermuntert durch einen ohne Zweifel missverständlichen Bericht, welchen das amerikanische Congressmitglied Kelley über eine Unterhaltung mit dem Fürsten Bismarck veröffentlicht hat, und später durch die principielle Sistirung der deutschen Silberverkäufe, verfolgen seitdem die Bimetallisten das Project neuer internationaler Währungsconferenzen unter Deutschlands Beitritt. Sie sind nicht entmuthigt, noch von ihren Agitationen zurückgebracht worden durch die in der sächsischen zweiten Kammer am 16. Januar d. J. erfolgte gründlich motivirte Ablehnung eines Antrags von Dr. Heine und Genossen: die Staatsregierung zu ersuchen, „bei dem hohen Bundesrathe auf Wiederherstellung der Silberwährung neben der Goldwährung durch ein Reichsgesetz hinzuwirken“, noch auch durch den Beschluss des Bundesraths vom Juni d. J., wonach einer Petition von Landwirthen auf Einführung der Doppelwährung keine Folge zu geben ist, „in Erwägung, dass der Bundesrath keinen Anlass findet, von den Grundlagen der Münzgesetzgebung der Jahre 1871 und 1873 abzuweichen“. Die Angriffe auf die bestehende deutsche Münzgesetzgebung sind neuerdings nur um so heftiger fortgesetzt, und mit voller Zuversicht wird von den Organen des Bimetallismus versichert: in der nächsten Session des Reichstags werde mit grosser Majorität eine Resolution zu Gunsten des Bimetallismus und von Deutschland zu befördernder neuer internationaler Münzconferenzen angenommen werden.

Für die Zukunft der deutschen Münzverhältnisse handelt es sich also jetzt zunächst um die concrete Frage, ob die Deutsche Reichsregierung auch ferner bei ihrer bisherigen Politik einer Nichtbetheiligung an internationalen Münzconferenzen und bei den Grundsätzen der bestehenden Münzgesetzgebung beharren, oder ob sie dem Andrängen der Bimetallisten schliesslich nachgeben wird.

Eine wirkliche Gefahr, dass es diesen gelingen möchte, die Reichsregierung zu einer Reaction gegen unsere bestehende Münzgesetzgebung zu bestimmen, scheint uns freilich für jetzt nicht zu drohen, allein das unermessliche und schwer zu redressirende Unheil, welches jede dahin zielende Tendenz für die gesammten wirthschaftlichen Interessen Deutschlands zur Folge haben

müsste, erscheint in der That zu erschreckend, als dass irgend eine Bemühung oder Gelegenheit versäumt werden sollte, den Einfluss der Bimetallisten zu bekämpfen und zu schwächen.

Es würde müssig sein, den Nutzen der jetzigen Münzgesetzgebung förmlich beweisen zu wollen, eben weil gesunde münzpolitische Zustände als etwas Selbstverständliches betrachtet werden, das keine besondere Anerkennung verdient; ihre Wohlthätigkeit ist vornehmlich nur dadurch anschaulich zu machen, dass die verderblichen Folgen einer verkehrten und unsichern Münzpolitik hervorgehoben werden.

Wir erachten es als im höchsten Grade unwahrscheinlich, dass die Britische Regierung sich je dazu verstehen sollte, zum Zwecke einer Rehabilitation des Silbers auf seinen früheren Werth, oder auch nur einer Verhinderung weiterer Entwerthung, irgend welche internationale Verbindlichkeiten einzugehen oder selbst unmittelbar in ihrer Gesetzgebung Maassregeln zu treffen, denn die stricte Aufrechthaltung und unerschütterliche Stabilität und Sicherheit der bestehenden Wertheinheit des Pfund Sterling ist unvereinbar mit jeder Zulassung des Bimetallismus. England wünscht, dass andere Länder die Silberwährung oder die Doppelwährung annehmen, weil dies im Interesse der indischen Finanzen und der auf Silber lautenden auswärtigen Forderungen seiner Angehörigen dahin wirken würde, wenigstens einstweilen den Werth des Silbers zu heben, oder doch dessen weiteres Sinken zu hindern; allein es will für sich selbst die bewährten Vortheile der reinen Goldwährung ungeschmälert bewahren. — Denken wir uns einmal den an sich nicht unmöglichen (aber, wie gesagt, höchst unwahrscheinlichen) Fall, dass England bei noch tieferem Sinken des Silbers, nach dem Rathe der Liverpooler Handelskammer und der Herren Gibbs, Seyd u. A., sich zur Zulassung des Bimetallismus in seinem Münzwesen entschlösse, so wäre dies für die gesammten wirthschaftlichen Interessen des ganzen britischen Reiches eine so tief eingreifende und ungeheure Maassregel, dass eine vorgängige Aufforderung hierzu seitens anderer Länder von keiner practischen Bedeutung sein würde. Und wenn dann Vereinbarungen mit anderen Staaten zu gemeinsamen bimetalischen Maassregeln von England gewünscht werden sollten, so sind ihm die Vereinigten Staaten und Frankreich in jeder Hinsicht von ungleich grösserer Wichtigkeit als Deutschland, dessen Beitritt oder Ablehnung eine solche Maassregel weder fördern noch hemmen würde. Es erscheint also zwecklos, dass die deutsche Reichsregierung England zu einer Betheiligung an neuen internationalen Münzconferenzen auffordern soll, selbst wenn erstere unwahrscheinlicher Weise den Glauben an die Dauerhaftigkeit einer Währungsconvention vertreten wollte.

Die Ueberzeugung, dass an Einführung der Doppelwährung in England wenigstens einstweilen nicht zu denken sei, hat verschiedene Anhänger des Bimetallismus bewogen, den Beitritt dieses Landes zunächst auf sich beruhen zu lassen, dagegen um so dringender zu empfehlen, dass die deutsche Reichsregierung sich mit den Vereinigten Staaten und Frankreich ins Vernehmen setzen möge, um neue internationale Münzconferenzen zur Rehabilitation des Silbers herbeizuführen. Dass durch solche Conferenzen aber der gewünschte Erfolg nicht werde erreicht werden, erscheint zweifellos. Zur Bestätigung dieser Ansicht berufen wir uns auf das Zeugniß eines der eifrigsten Vorkämpfer des Bimetallismus, des Herrn Seyd. Dieser erklärt positiv:

„Es mag gefragt werden, ob die Betheiligung Englands für den Bimetallismus nöthig wäre, ob nicht die anderen Nationen unter sich stark genug wären, ohne England vorzugehen? Dies ist eine Hauptfrage. Es wäre England sehr angenehm, wenn andere Nationen die Kastanien aus dem Feuer holten, und Herr Goeschen, der das Unglück der Demonetisation des Silbers anerkennt, hat sogar erklärt, dass England seinerseits die Silberwährung in Indien garantiren würde. Man lasse sich durch dergleichen nicht täuschen. Eine Garantie der Art kann der Staat nicht geben, denn sie müsste für alle Zeiten dauern, und Indien wird mit der Zeit auch Gold beanspruchen. England würde nach wie vor um so mehr im Stande sein, die Continentalwährungen mit dem Austausch von Gold und Silber zu belästigen und die Unruhe hervorrufen, die zwischen seinem exclusiven Goldsystem und dem Silbersystem Indiens den übrigen Geldmärkten zufällt. Ferner ist es zweifellos, dass die anderen Nationen nicht im Stande wären, Silber wieder auf den früheren Fuss zu bringen, ohne dass England als der Hauptinteressent im Silberverkehr mitwirkt. — — Deutschland darf unter keinen Umständen seine jetzige Stellung aufgeben, wenn es nicht völlig gegen das schmöde Spiel, das England mit der indischen Währung treiben kann, gesichert ist.“

Es wäre überflüssig, diesen Worten noch etwas hinzuzufügen, um die Verkehrtheit einer internationalen Währungskonvention ohne Englands rückhaltlose Betheiligung zu characterisiren.

Wenn hiernach die Erwartung, dass es gelingen könnte, durch internationale Vereinbarungen den Bimetallismus (der, beiläufig gesagt, gegenwärtig in keinem Lande der Welt existirt) ins Leben zu rufen, hinfällig erscheinen muss, so bliebe als letztes Auskunftsmittel, dass Deutschland selbständig das Princip der reinen Goldwährung verliesse und mittelst Ausprägung von neuen Thalerstücken oder auch von Viermarkstücken, 180 Mark aus dem Kilogramm Feinsilber, zur Doppelwährung überginge. Wie unglaublich es scheint, so hat auch ein solcher Vorschlag Vertretung gefunden und darf deshalb nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden. Wir haben indess nur nöthig, auf die unvermeidlichen Consequenzen einer solchen Münzpolitik hinzuweisen. Würde die obenerwähnte Doppelwährung in Deutschland zur Ausführung gebracht, welche durch die 9 deutschen Münzstätten sehr rasch zu beschaffen und den Münzdirectoren sehr

erwünscht wäre, so würde dies zeitweilig ein merkliches Steigen des Silbers bewirken, so lange nämlich, als Reichsgoldmünzen zum Austausch gegen Silber anzubieten wären. Thatsächlich würde Deutschland zur Silberwährung zurückkehren und vermuthlich nicht einmal so viel Goldmünze im Umlaufe behalten, als es 1871 besass. Wenn aber dieser Process sich vollzogen und etwa innerhalb einiger Jahre 1300 bis 1400 Millionen Mark deutsches Silbercourant ausgeprägt und dagegen ein gleicher Betrag an Reichsgoldmünzen eingeschmolzen wäre, so würde die Silberentwerthung wieder einsetzen und vielleicht stärker werden als bisher, da andere Länder inzwischen, mit Benutzung der durch Deutschlands bimetallische Münzpolitik gebotenen Gelegenheit zur Ausstossung ihres Silbercourants, die reine Goldwährung bei sich durchgeführt hätten. Der Metallbestand der Reichsbank würde bedeutend anwachsen, weil der inländische Umlauf natürlich statt eines ansehnlichen Theils der verschwindenden Goldmünzen Banknoten verlangen würde; aber die deutsche Valuta im internationalen Verkehr würde nach der sich verändernden Werthrelation ebenso schwanken, wie der Kurs der österreichischen Silbergulden.

Allem Anschein nach ist, wie vorhin schon bemerkt wurde, eine wirkliche Gefahr der Zerrüttung der Grundlagen unserer bestehenden Münzgesetzgebung nicht vorhanden und der erwähnte Beschluss des Bundesrathes gewährt in dieser Hinsicht eine nicht geringe Beruhigung. Allein schon jeder Schritt der Reichsregierung und jede Resolution des Reichstags im Sinne der Bimetallisten, um eine Modification der principiellen Goldwährung einseitig in Deutschland herbeizuführen oder durch Verhandlungen über Währungsvereinbarungen mit dem Auslande gemeinsam anzubahnen, würde solche Gefahr in Aussicht stellen. In Münzangelegenheiten dieser Art gilt vor Allem der bekannte Spruch: „man weiss wohl, wo man anfängt, aber nicht, wo man aufhören wird.“

Solidität und Stabilität der Münzzustände, wie sie unsere bestehende Münzgesetzgebung seit 1871 geschaffen hat und durch eine Reihe weiser Bestimmungen garantirt, sind für ein Land in jeder Beziehung so unschätzbare Güter, so unentbehrlich für die allgemeine Wohlfahrt, dass sie von verständigen Männern aller politischen Parteien und jedes Standes mit unerschütterlicher Festigkeit gewahrt werden müssen.

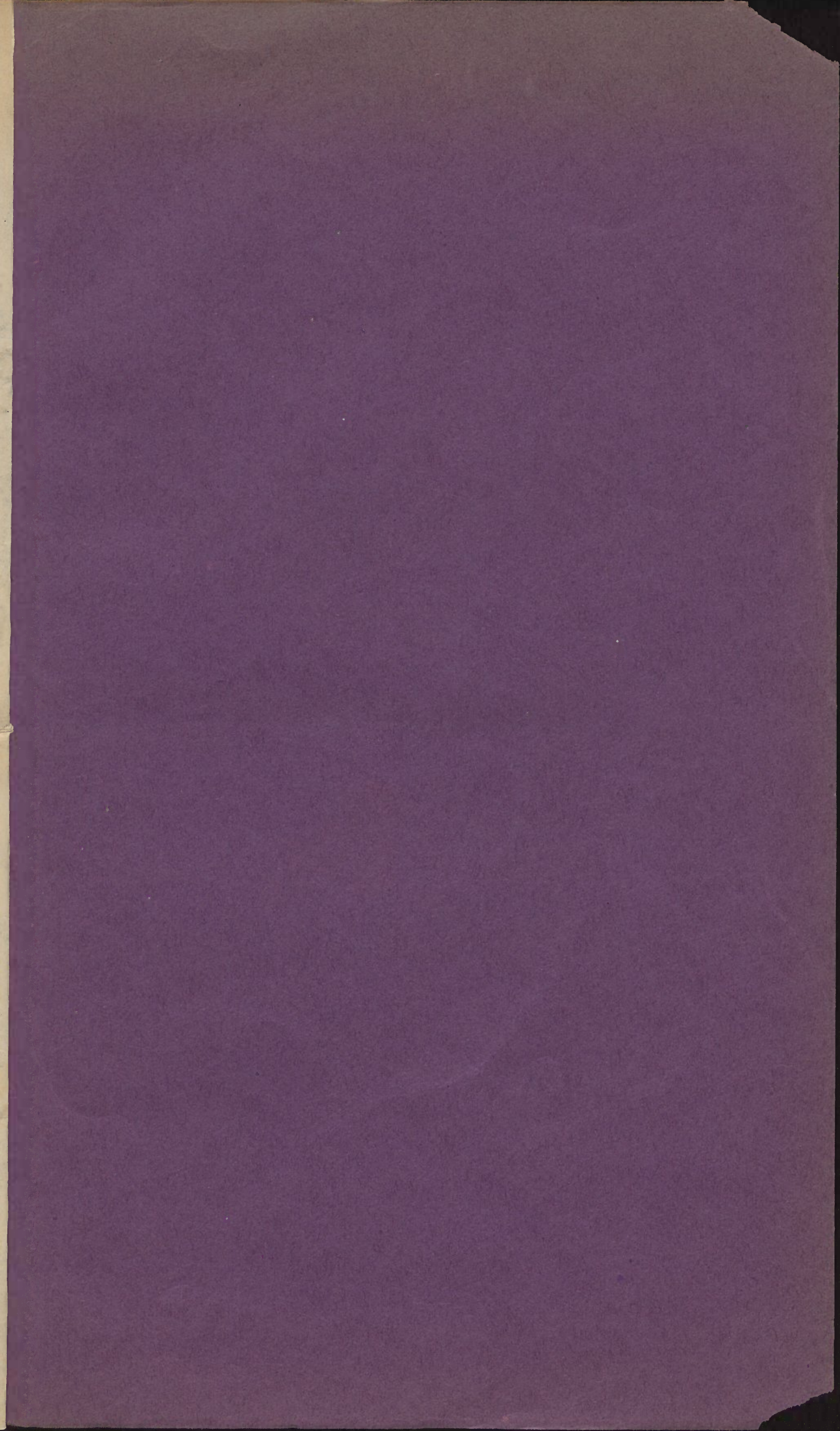
Es ist leider die vollständige thatsächliche Durchführung der Goldwährung bisher noch nicht erreicht worden, indem ein Theil des früheren Silbercourants noch nicht eingezogen ist. Es sollte dahin gestrebt werden, dies thunlichst bald, jedoch ohne Ueberstürzung, mit möglichst geringem Verlust umsichtig zu erzielen. Einen bestimmten Termin kann man bei der jetzigen Lage des Silbermarktes und der Ungewissheit der Münzpolitik in den Vereinigten Staaten hierfür nicht in Aussicht nehmen; man wird aber sich stets zu vergegenwärtigen haben, dass ein Verlust an dem zu verkaufenden Silber nicht erst durch den Act des Verkaufs selbst herbeigeführt wird, sondern schon vorher durch die Silberentwerthung an den noch nicht eingezogenen Silbermünzen, wenn auch nicht nominell, doch effektiv stattgefunden hatte und beim Verkauf nur rechnungsmässig festgestellt wird.

Der Verlust an den Silberverkäufen wird reichlich aufgewogen durch den Vortheil, dass, je mehr der Vorrath an bisherigem Silbercourant sich verringert, die Reichsbank bei eintretendem Goldabfluss mit der Erhöhung des Diskonts meistens um so zurückhaltender sein kann.

Wir erachten es für eine rein illusorische Behauptung, dass vom nächsten Reichstag ein Votum zu Gunsten des Bimetallismus zu erwarten sei. Wenn auch die fortgesetzten Angriffe gegen die bestehende Münzgesetzgebung, wenn täuschende Darstellungen über das Wesen und die Folgen der Doppelwährung sowie über die günstigen Aussichten neuer internationaler Münzkonferenzen den Einen oder den Andern irre gemacht haben mögen, so wird doch bei der grossen Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten ruhige Ueberlegung eine richtige Beurtheilung der gegebenen Münzverhältnisse und der Bedenken gegen voreilige Neuerungen bewirken. Wesentlich dürfte zu diesem wünschenswerthen Ergebniss beitragen, wenn der Handelstag erklärt:

„dass es zu einer schweren Schädigung der deutschen Wirthschaftsinteressen führen müsste, wenn unter den bestehenden Verhältnissen an der Grundlage unserer Münzgesetzgebung gerüttelt würde.“

Berlin, den 31. October 1880.



Boetius, U.: Ergeb. Darstellung d.
bleibenden Ausschusses d. Dtsch.



206\$08411859